

Die Vertagung des englischen Parlaments. Heftige Angriffe gegen die Regierung.

London, 29. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Robert Cecil auf eine Anfrage, der Berliner Vertrag sehe vor, daß kriegsführende Mächte, die Gebiete in der Freihandelszone Afrikas besitzen, mit Zustimmung der anderen kriegsführenden Mächte diese Besitzungen für Kriegsdauer neutralisieren könnten. Der Vertrag lege jedoch keiner Macht die bindende Verpflichtung auf, diesen Weg einzuschlagen. Die Frage, ob Gebiete kriegsführender Mächte als Freihandelsgebiete in Afrika neutralisiert werden sollten, sei zu Anfang August 1914 sorgfältig erwogen worden, aber die Ereignisse, die in den ersten zehn Kriegstagen in Afrika eingetreten seien, hätten ein solches Vorgehen unmöglich gemacht.

Staatssekretär für Indien Chamberlain sagte auf eine Anfrage über die Vorgänge in Indien: Außer der Strafexpedition in Oberbirma im Januar waren seit Kriegsbeginn dreimal derartige Kämpfe nötig. Im Januar wurde das Fort Spina Rhaisora von den Rhos als angegriffen, die in ihr Stammgebiet zurückgeschlagen wurden. Im März unternahm eine beträchtliche Streitmacht der Zadrans einen Einfall in englisches Gebiet. Sie wurde bei Mirambah angegriffen und unter schweren Verlusten zurückgetrieben. Unsere Verluste waren leicht. Im April fielen etwa 4000 Mohmads bei Shabkadr ein. Sie wurden angegriffen; der Feind zog sich zurück und zerstreute sich jenseits der Grenze. Unsere Verluste betrugen etwa 70 Mann.

Hierauf hielt Premierminister Asquith die bereits gemeldete Rede über die gegenwärtige Lage.

Nach dem Premierminister ergriff Sir Henry Dalziel das Wort und führte aus, der Premierminister erachte die Lage in Flandern und Frankreich als völlig befriedigend. Redner sei darüber ein wenig erstaunt. Er hätte im Sommer einen großen Vormarsch erwartet. Alle hätten einen solchen freudig begrüßt, wenn er stattgefunden hätte, als Rußland die Hilfe der Alliierten am nötigsten brauchte, so wie dieses auch seinerseits in den ersten Zeiten des Krieges den Alliierten geholfen habe. Redner erwarte von der Regierung die Versicherung, daß die gegenwärtige Lage in Frankreich von der Lieferung der Munition ganz unabhängig sei.

Was die Dardanellen betreffe, sei es bemerkenswert, daß das Haus trotz der überwältigenden Verluste nie eine amtliche Mitteilung erhalten habe. Asquith möge sagen, weshalb die Alliierten solange vor der Landung durch ihren Flottenangriff ihre Absicht kundgetan haben. Asquith scheine zu glauben, daß das Haus schweigen solle wie in den neun Monaten vor der Bildung des Koalitionsministeriums. Dies sei jetzt unmöglich, weil das Kabinett nicht das Vertrauen besitze wie früher. Es sei unverständlich, daß die Regierung über den von Deutschland beabsichtigten Angriff nicht besser unterrichtet gewesen sei und daß Beldane nicht wenigstens vorbereitende Schritte zur Erweiterung der Waffenindustrie getan habe. Ebenso unverständlich sei es, daß die Regierung nicht schon im Oktober die Industrien mobilisiert habe. Der Munitionsminister habe im Juni gesagt, daß, wenn die Armee völlig ausgerüstet gewesen wäre, jetzt am Rhein gekämpft werden würde und das Ende des Krieges in Aussicht stünde. Redner wünsche zu wissen, ob die dafür verantwortlichen Beamten entlassen worden seien, ferner, ob Lloyd-George mit den ihm gesetzlich übertragenen Vollmachten vollkommen zufrieden sei und ob es wahr sei, daß Sir Percy Girouard nicht mehr dem Munitionsministerium angehöre.

Der Kriegsekreter habe vor Monaten angekündigt, daß die Armee mit Chlorgas zur Verwendung gegen den Feind versorgt werden solle. Redner fragt nun, was die Ursache der außerordentlichen Verzögerung sei. Die Armee verstehe nicht, weshalb die versprochenen Lieferungen nicht einträfen. Eine der Ursachen sei angeblich, daß das Kriegsamt und andere Ämter versagt haben. Der Redner verlangte hierüber beruhigende Aufklärungen und fuhr sodann fort, daß große Fragen der Erörterung des Parlaments harren, so die Fragen der Preissteigerung der Lebensmittel, der Verschwendung in den Regierungsämtern, der Verschiebung der Beschlußfassung über das Pensionsgesetz im Oberhause und die Frage der Behandlung der Baumolle als Bannware. Der Redner beantragte daher, das Haus auf nicht länger als vier Wochen zu vertagen.

Der nächste Redner, Sir Arthur Markham, erklärte, Premierminister Asquith habe in seiner Rede in Newcastle aufs bestimmte versichert, daß die Tätigkeit des Heeres durch Mangel an Munition nicht beeinträchtigt werde. Dies sei unrichtig gewesen, die ganze Offensive in Frankreich sei einfach darum niedergebrochen, weil die Regierung vom Oktober bis zum Februar keine Munition bestellt habe.

Man hätte die unfähigen Beamten des Kriegsamtes entlassen sollen. Die Dummheit des Kriegsamtes sei grenzenlos. Er griff sodann das Feldzeugamt an und unterstützte den Antrag Dalziels.

Markham schloß: Das Unterhaus folge blindlings allem, was Asquith sage, trotz der Tatsache, daß das Kriegsamtsamt verantwortlich sei für die beklagenswerte Lage, in der sich England jetzt befinde.

Henry Craig (Unionist) sprach sich in demselben Sinne aus. Er sagte, wir wollen nicht eine parlamentarische Regierung, die nur für gutes Wetter taugt und in stürmischem Wetter ausgeschaltet werden muß. Das Parlament kann die Achtung und das Vertrauen des Landes nicht besitzen, wenn es in einer solchen Krise für lange Zeit ausgeschaltet wird. Man kann für die nächsten sieben Wochen mit Sicherheit prophezeien, daß Ereignisse von einschneidender Bedeutung, wie sie die Welt nie erlebt hat, eintreten werden. Wenn dann das Parlament plötzlich einberufen wird, ist es der beste Weg, eine Panik im ganzen Lande zu erzeugen.

Hodge sagte: Die Arbeiterpartei werde nur deswegen nicht für den Antrag Dalziel stimmen, damit es nicht so aussehe, als ob die Regierung den Befehlen der Northcliffe-Presse gefolgt habe.

Nachdem noch mehrere Unionisten und Liberale gegen lange Ferien gesprochen hatten, warnte Kolonialminister Bonar Law das Haus vor einer falschen Kritik. Er sagte: Wenn man nicht bereit ist, eine andere Regierung an die Stelle der gegenwärtigen zu setzen, solle man nicht Kritik üben, die sie so im Ansehen herabsetzt, daß sie sie in der Kriegführung schwächt.

Eine Abstimmung über den Antrag Dalziel fand nicht statt.